

Verantwortliche Redacteurs. Für den politischen Theil: E. Foulaue, für Feuilleton und Vermischtes: J. Steinbach, für den übrigen redakt. Theil: F. Sachseld, sämtlich in Posen. Verantwortlich für den Inseratentheil: J. Klugkist in Posen.

Posener Zeitung

Achtundneunzigster

Jahrgang.

Inserate werden angenommen in Posen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstraße 17, Gust. Ad. Schick, Hoflieferant. Gr. Gerber- u. Breitestr. Ecke, Otto Hieslich, in Firma J. Neumann, Wilhelmstraße 8, in den Städten der Provinz Posen bei unseren Agenturen, ferner bei den Annoncen-Expeditionen Rudolf Klose, Haasenhein & Fogler A.-G., G. J. Daube & Co., Invalidentenk.

Nr. 859

Die Posener Zeitung erscheint wochentlich zwei Mal, am Sonntag und Festtage folgen die Ausgaben jedoch nur zwei Mal, am Sonntag und Festtagen ein Mal. Das Abonnement beträgt wochentlich 4.50 M. für die Stadt Posen, 5.45 M. für ganz Preussischland. Bestellungen nehmen alle Anzeigenstellen der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reichs an.

Dienstag, 8. Dezember.

Inserate, die sich auf den Vortag beziehen, sind bis 10 Uhr Vormittags, die sich auf den Tag beziehen, bis 5 Uhr Nachm. anzukommen.

1891

Die neuen Handelsverträge

Sind heute zur Veröffentlichung gelangt. Eine denselben beigegebene Denkschrift schildert in großen Zügen die Zwangslage, aus der durch den Abschluß eines Systems von Tarifverträgen der Ausweg gefunden werden mußte. So bekannt diese Dinge sind, so lehrreich ist ihre wiederholte Zusammenstellung. Der Eindruck, daß es ein frivoles Beginnen wäre, an diesen mühsam zu Stande gekommenen Verträgen jetzt noch zu rütteln, vertieft sich bei der Lektüre dieser Denkschrift. Es wird ausgeführt, daß in Frankreich eine stark schutzöllnerische Strömung mehr und mehr die Oberhand gewonnen hat, und daß mit der Kündigung der französischen Tarifverträge zum 1. Februar 1892 Jozuzagen der wirtschaftliche Krieg Aller gegen Alle vor der Thür stand. Verschärft wurde diese Lage durch die steten Zollserhöhungen Rußlands und der Vereinigten Staaten. Unter dem Druck der russischen Zollsteigerung ist die deutsche Ausfuhr nach dem Zarenreiche von 228 Millionen Mark im Jahre 1880 stufenweise auf 131 Millionen Mark im Jahre 1887 zurückgegangen. Deutschland stand, wie die Denkschrift klarlegt, vor der Wahl, sich der drohenden Absperzungspolitik, dem Beispiele anderer Staaten folgend, anzupassen und damit „die auf gegenseitige Abschließungen gerichteten Tendenzen wesentlich zu steigern“ oder den Weg internationaler Verständigung zu betreten. Die Denkschrift vermeidet es dem Zolltarif von 1879 Uebles nachzusagen. Im Gegentheil. Die Verdienste des bisherigen Wirtschaftssystems um die Entwicklung unserer Industrie werden mit einer Rückhaltslosigkeit anerkannt, die für manchen Standpunkt wahrscheinlich zu weit geht, aber was die erläuternde Denkschrift nicht sagt, das enthält mit um so stärkerem Gewichte der neue Zolltarif selber, indem er auf den wichtigsten Gebieten die beträchtlichsten Ermäßigungen ausspricht. Mit Nachdruck wird weiterhin darauf verwiesen, daß die Berichte der deutschen Handelskammern seit einer Reihe von Jahren fast ausnahmslos den Ruf nach Abschluß eines Tarifvertrages mit Oesterreich-Ungarn enthielten. Die Reichsregierung trat hiernach in die Verhandlungen mit dem großen Ziele ein, das umfassende Wirtschaftsgebiet im Herzen Europas zum Kristallisationspunkt für weitere Tarifverträge mit anderen Staaten zu gestalten. Gefördert wurde das bedeutende Werk offenbar durch die inzwischen erfüllten Befürchtungen hinsichtlich der französischen Zollpolitik. Die Denkschrift giebt in kurzen Zügen ein gutes Bild von der gegenwärtig in Frankreich herrschenden protektionistischen Politik. Ein „äußerst hoher Minimaltarif und ein noch höherer zur Anwendung auf die Nichtvertragsstaaten bestimmter Maximaltarif“, werden in diesem Augenblick durch die Kammern noch wesentlich erhöht. Frankreich scheint so aus der Reihe der Staaten auszuscheiden, mit denen auf ein fruchtbringendes Vertragsverhältnis zu rechnen ist. Die Denkschrift sagt das nicht ausdrücklich, aber sie läßt es wahrnehmbar genug durchschimmern. Wie Herr v. Caprivi schon im Frühjahr im Reichstage und im Abgeordnetenhaus erklärte, bilden die vereinbarten Verträge „nach ihrer Entstehungsgeschichte und nach dem bei den Verhandlungen verfolgten Ziele ein zusammengehöriges Ganzes und müssen auch bei Abwägung der in ihnen deutscherseits gemachten Zugeständnisse und der dafür

eingetauschten Vortheile einheitlich behandelt werden.“ Die Denkschrift betont wiederholt, daß als Ziel bei dieser Vertragspolitik die Nothwendigkeit berücksichtigt wurde, „der deutschen Industrie Absatzwege nach dem Auslande offen zu halten.“ Daß deutscherseits erhebliche Zugeständnisse gemacht werden mußten, wird anerkannt. Mit Interesse liest man, daß für die Ermäßigung der landwirtschaftlichen Zölle die Anerkennung beansprucht wird, daß die erforderlichen Tarifzugeständnisse „auf das thunlichst geringste Maß“ beschränkt geblieben sind. Die agrarischen Einwendungen, daß diese Zugeständnisse außerordentlich hohe seien, werden auf diese Weise schon jetzt zurückgewiesen. Bei dieser Gelegenheit läßt die Denkschrift einige Worte von „den berechtigten Ansprüchen der Konsumenten auf thunlichste Verbilligung der nothwendigen Lebensmittel“ einfließen. Es ist dies, so weit wir übersehen können, der einzige Passus in den ausführlichen Aktenstücken, den die neue Wirtschaftspolitik auf das Interesse der konsumirenden Bevölkerung an möglichst billigen Nahrungsmitteln stützt. Da indessen die Gesamtheit dieser Tarifverträge gerade diesem Ziele mit entgegenstrebt, so vermisst man kaum einen ausführlichen Hinweis auf den bezeichneten Punkt. Die Gegenbewilligungen der anderen Vertragsstaaten werden als ein „volles Aequivalent“ bezeichnet. Mit Genugthuung heben wir hier hervor, was die Denkschrift gegen die mancherlei Ungleichheiten einwendet, die sich im Ausmaß der die einzelnen Zweige der wirtschaftlichen Produktion betreffenden Vortheile und Nachteile unmöglich haben vermeiden lassen. Es wird erklärt, „daß die Regierung nicht die Interessen einzelner wirtschaftlicher Faktoren sondern die gesammten wirtschaftlichen Interessen des Reichs im Auge behalten mußte, und daß die Opfer der einen in der Förderung der anderen Interessensphäre ganz oder zum Theil ihren Ausgleich finden müssen.“ Das ist vernünftig und kann in jedem Worte unterschrieben werden. Es steht in wohlthuendem Gegensatz zu der Lehre, die uns sonst gepredigt wurde, und wonach jeder Berufsstand, jeder Erwerbsstand nur für sich allein die möglichst höchsten Vortheile herauszuschlagen hatte, gleichgültig, ob diese Sondervortheile den dauernden Schaden oder gar die Vernichtung anderer Erwerbsinteressen der deutschen Nation zur Folge hätten oder nicht. Die Denkschrift fügt mit Recht hinzu, daß die „Vortheile, welche für die deutsche Industrie durch die Sicherung wesentlicher Grundlagen ihres Exports und ihres Gedeihens in Aussicht stehen, indirekt auch der Landwirtschaft zum Nutzen gereichen und für den verminderten Zollschutz Ersatz bieten.“ Es folgen in der Veröffentlichung nähere Erläuterungen über die Gründe, warum eine Reihe von deutschen Zöllen ermäßigt werden mußte. Bei manchen Positionen merkt man, wie schwer der deutschen Regierung das Zugeständniß einer bedeutenden Herabsetzung geworden ist, so bei der Zollermäßigung für Glas und Glaswaaren. Zwar beträgt die deutsche Gesamtausfuhr von Waaren dieser Art mehr als das Vierfache resp. Doppelte der Gesamteinfuhr; indessen ist der Absatz nach Oesterreich-Ungarn wegen der dortigen leistungsfähigen Industrie nicht von Bedeutung. Die Ermäßigung der betreffenden Positionen war eine der dringlichsten Forderungen Oesterreich-Ungarns. Die Erläuterungen enthalten nichts Näheres über die Herabsetzung der Getreidezölle und der Holzzölle, was indessen nicht weiter Wunder nehmen kann. Gerade auf diesen

beiden Gebieten waren deutsche Zugeständnisse so selbstverständlich, daß von ihrer Bewilligung das Schicksal der Verträge an sich schon und bereits im ersten Anfange der Verhandlungen abhängen mußte. Wir wollen hier einschalten, daß das Gerücht von einer Ermäßigung der Getreidezölle auf 2,8 Mark insofern nicht ganz aus der Luft gegriffen war, als diese Position in der That für Hafer (statt der bisherigen 4 Mark) bewilligt worden ist. Für Roggen und Weizen bleibt es dagegen bei der Ermäßigung auf 3 1/2 Mark. Um so eingehender behandelt die Denkschrift die Gründe, aus denen die Herabsetzung der Weinzölle an Italien gewährt werden mußte. Zwar ist die Ermäßigung des Zolles für Faßwein auf ein verhältnismäßig geringes Maß (von 24 Mark auf 20 Mark für 100 Kilogr.) eingeschränkt worden, dafür aber war eine Herabsetzung des Zolls für eingestampfte frische Weinbeeren von 10 Mark auf 4 Mark nicht zu vermeiden. Die Denkschrift setzt beruhigend auseinander, daß ein Schutzbedürfnis gegenüber der ausländischen Weineinfuhr nur für den durch Lage und Bodenbeschaffenheit wenig begünstigten Theil des deutschen Weinbaus anerkannt werden kann; „auf die Preisgestaltung der besseren deutschen Weine übt die Konkurrenz der ausländischen Weine kaum einen Einfluß; unser Weinzoll ist auch in erster Linie stets als Finanzzoll angesehen worden.“ Es ist uns unmöglich, an dieser Stelle die Gesamtheit dieser wichtigen Aktenstücke so zu beleuchten, wie sie es verdient, im Laufe der bevorstehenden Verhandlungen im Reichstage wird sich noch die Gelegenheit bieten, auf Einzelheiten zurückzukommen. Nur die folgenden zusammenfassenden und in ihrer Schlichtheit doppelt bedeutsamen Hinweisungen sollen hier noch kurz betont werden. Von dem 300 bis 340 Millionen Mark betragenden jährlichen Durchschnittswert der Waarenausfuhr Deutschlands nach Oesterreich-Ungarn sind für einen Exportwert von 63 Millionen Mark die Zollsätze ermäßigt und für einen Werth von 198 Millionen Mark die Zölle gebunden worden. Die Ermäßigungen betragen gegen den jetzigen Zustand durchschnittlich 25 Prozent. Von dem 80 bis 100 Mill. Mark betragenden jährlichen Gesamtwert der Waarenausfuhr Deutschlands nach Italien sind für einen Werth von 23 Millionen Mark die Zollsätze ermäßigt und für einen Exportwert von etwa 60 Millionen Mark die Zölle gebunden. Für den Anfang, und als Anfang eines weiteren Umschwunges in unserer Zoll- und Wirtschaftspolitik sehen wir die Handelsverträge an, kann man mit dem Erreichten zufrieden sein. Die Denkschrift enthält nichts über unser zukünftiges Wirtschaftsverhältnis zu Rußland und den Vereinigten Staaten, auch nichts über die Wirkung der Meistbegünstigungsklausel des Frankfurter Friedensvertrages auf das deutsch-französische Verhältnis. In beiden Beziehungen werden weitere Aufklärungen wohl erst von Herrn v. Caprivi mündlich in den bevorstehenden Verhandlungen des Reichstags gegeben werden. Verheißungsvoll klingt aber in Bezug auf die genannten Länder die Bemerkung der Denkschrift, es stehe zu erwarten, „daß die gemachten Konzessionen auch noch anderen Staaten gegenüber geeignete Verwendung finden und zur Erlangung weiterer Vortheile im Verkehr mit diesen Staaten beitragen werden.“

Banknotenfälschungen.

Zu den interessanten Gegenständen, welche im Schatzamt der Vereinigten Staaten in Washington aufbewahrt werden, gehört ein Buch, dessen unscheinbare Außenseite in nichts seinen wichtigen Inhalt andeutet. Schlägt man dasselbe auf, so erblickt man auf gelben Blättern Abzüge von allen jemals seitens der Staatsbehörden beschlagnahmten Platten, welche zur Herstellung falschen Papiergeldes verwendet wurden. In Erstaunen geräth man oft über das Talent, das die Fälscher bei der Herstellung ihrer Fabrikate gezeigt, und so interessant die Durchsicht des Buches ist, so interessant ist die Geschichte, welche mit einem jeden der Abzüge, die das Buch enthält, verknüpft ist. Auf einer der ersten Seiten befindet sich das Fälsifikat eines Fünfzigcentseins mit dem Kopfe Washingtons. Das Bild ist bewundernswürdig fein ausgeführt. Die Fälsifikate waren im Jahre 1865 im Umlaufe, als bei einem Großfeuer in Williamsburgh, N. Y., eine Matraze, welche aus dem Fenster geworfen und dabei aufgeplatzt war, mit solchen falschen Geldstücken gefüllt gefunden wurde. Auch entdeckte man die Platten, die konfisziert wurden, aber der Fälscher, ein Engländer Namens Leveson, entkam. Große Summen falschen Geldes wurden seiner Zeit durch eine Fälschmünzerbande in New York, deren Seele ein gewisser

Tom Ballard war, in Zirkulation gesetzt. Ballard war zugleich Graveur und Chemiker und wurde von zwei Kapitalisten, einem Wagen-Fabrikanten und einem Bauunternehmer, Namens Miner, unterstützt. Zur Zeit des amerikanischen Bürgerkrieges hatte Ballard in Rivingtonstreet, New York, Pressen stehen, vermittelt welcher Papiergeld jeder Art und von jeder Größe hergestellt wurde. Dabei ging die Kunst Ballards so weit, daß er selbst das Aufkleben jener feinen Pflanzensafers, welches Verfahren im Jahre 1869 vom Staate eingeführt wurde und vor Fälschungen schützen sollte, nachahmte. Dem Geschäft wurde erst in 1871 ein Ende bereitet, als ein Verschleißer des Fabrikates zum Verräther ward. In dem betreffenden Lokal fand die Polizei noch unvollendete Platten zu Tausenddollarnoten. Von der einen Platte wurde ein Abdruck für das oben genannte Buch genommen. Wohlweislich hatten die Verbrecher die meisten ihrer Platten elektrotypisch vervielfältigt und zu späterem eventuellen Wiedergebrauche auf die Seite geschafft. Miner mußte zu entkommen und Ballard entwich dem Gefängnisse. Zwei Jahre später erschienen plötzlich falsche Fünfshundertdollarnoten mit dem Aufdruck jener patentirten Pflanzensafers, welche Fälsifikate von dem Originale kaum zu unterscheiden waren. Die Spuren wiesen nach Buffalo, und Ballard war nicht wenig erstaunt, als er in seiner Werkstätte abgefaßt wurde. Letzere

bot ein Bild der staatlichen Anlagen zur Herstellung des Papiergeldes im Kleinen. In einem der Räume befand sich ein vollständiges chemisches Laboratorium, ein anderes Zimmer war besetzt mit Pressen, während in einem dritten die Graveurarbeiten verrichtet wurden und der Hof mächtige elektrische Batterien barg. Außerdem befanden sich in den Räumen ganze Vorräthe von Papier und unter demselben Riese jenes schon erwähnten mit Pflanzensafers bedeckten. Als Ballard überrascht wurde, war er gerade mit der Anfertigung eines Fälsifikates der Fünfhundertdollarnoten von der „Bank of British North America“ in Montreal beschäftigt. Das Verbrechen trug Ballard nunmehr dreißig Jahre Zuchthaus ein. Eine andere Seite des Buches zeigt ein ungemein geschicktes Fälsifikat einer Fünfhundert-Dollar-Note der Vereinigten Staaten. Der falsche Schein ist niemals in Umlauf gekommen, weil der Verfasser, ein Deutscher Namens Ulrich, bei der Herstellung abgefaßt wurde. Falsche Einhundert-Dollar-Noten, die Ulrich vorher gefertigt und verausgabt hatte, waren den Originalen so getreu nachgeahmt, daß selbst der Chef-Graveur des Staatsschatzamtes die Fälschung nicht eher erkannte, als bis er mit einem feinen Vergrößerungsglase auf die Kennzeichen derselben aufmerksam gemacht wurde. Der Fälscher hatte schon vor seiner Landung in Amerika 1856 in der alten Welt in der Nachahmung von Papiergeld Großes geleistet,





